



## **Schriftliche Anfrage**

des Abgeordneten **Cemal Bozoglu BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**  
vom 24.02.2020

### **Rechtsextremistische Straf- und Gewalttaten gegen Amts- und Mandatsträgerinnen sowie Amts- und Mandatsträger 2019**

Ich frage die Staatsregierung:

- 1.1 Wie viele Straftaten im Bereich Politisch motivierter Kriminalität (PMK) gegen Amts- bzw. Mandatsträgerinnen sowie Amts- und Mandatsträger wurden im Jahr 2019 registriert (bitte nach Regierungsbezirken, Ort der Straftat, staatsschutzrelevanten Phänomenbereichen und jeweiligen Straftatbeständen aufschlüsseln)? ..... 2
- 1.2 Wie viele Straftaten gegen Amts- und Mandatsträgerinnen sowie Amts- und Mandatsträger wurden im Jahr 2019 im PMK-Phänomenbereich PMK-rechts registriert (bitte nach Regierungsbezirken, Ort der Straftat und jeweiligen Straftatbeständen aufschlüsseln)? ..... 3
- 1.3 Wie viele der im Bereich PMK-rechts registrierten Straftaten gegen Amts- und Mandatsträgerinnen sowie Amts- und Mandatsträger waren Gewaltdelikte (bitte unter Angabe einer jeweils kurzen, anonymisierten Sachverhaltsdarstellung)? ..... 3
  
- 2.1 Wie viele der Straftaten gegen Amts- und Mandatsträgerinnen sowie Amts- und Mandatsträger wurden 2019 mit dem Tatmittel „Internet“ begangen? ..... 3
- 2.2 Wie viele Personen wurden 2019 Opfer von gegen Amts- und Mandatsträgerinnen sowie Amts- und Mandatsträger gerichteten Straftaten im Phänomenbereich PMK-rechts in Bayern? ..... 3
- 2.3 Wie haben sich die Fallzahlen im Phänomenbereich PMK-rechts in Bayern seit Einführung des Unterthemas „Straftaten gegen Amts- und Mandatsträger“ entwickelt? ..... 3
  
- 3.1 In wie vielen Fällen der Straftaten gegen Amts- und Mandatsträgerinnen sowie Amts- und Mandatsträger im Phänomenbereich PMK-rechts konnte der bzw. konnten die Täter ermittelt werden? ..... 3
- 3.2 Wie ist in den in Frage 3.1 genannten Fällen jeweils der Stand des Verfahrens (bitte aufschlüsseln nach Einstellung des Verfahrens unter Angabe des jeweiligen Einstellungsgrundes, Anklageerhebung, Verurteilung, andauernden Ermittlungen)? ..... 4
- 3.3 Wie viele der festgestellten Straftäter wurden wegen dieser Taten verurteilt (bitte unter Angabe der Strafen)? ..... 4
  
- 4.1 Wie hat sich die Zahl der gewalttätigen Angriffe auf Amts- und Mandatsträgerinnen sowie Amts- und Mandatsträger in den vergangenen vier Jahren entwickelt (bitte nach staatsschutzrelevanten Phänomenbereichen aufschlüsseln)? ..... 4
- 4.2 In wie vielen Fällen gewalttätiger Übergriffe auf Amts- und Mandatsträgerinnen sowie Amts- und Mandatsträger konnten in den vergangenen vier Jahren die Täter ermittelt werden (bitte nach staatsschutzrelevanten Phänomenbereichen aufschlüsseln)? ..... 4
- 4.3 In wie vielen Fällen gewalttätiger Übergriffe auf Amts- und Mandatsträgerinnen sowie Amts- und Mandatsträger kam es in den vergangenen

Hinweis des Landtagsamts: Zitate werden weder inhaltlich noch formal überprüft. Die korrekte Zitierweise liegt in der Verantwortung der Fragestellerin bzw. des Fragestellers sowie der Staatsregierung.

	vier Jahren zu einer Verurteilung des Täters oder der Täterin (bitte nach staatsschutzrelevanten Phänomenbereichen aufschlüsseln)? .....	4
5.1	Wie viele Fälle von „Hasskriminalität“ und „Bedrohungen“ nach § 241 Strafgesetzbuch (StGB) gegen Amts- und Mandatsträgerinnen sowie Amts- und Mandatsträger wurden im Jahr 2019 registriert (bitte nach staatsschutzrelevanten Phänomenbereichen aufschlüsseln)? .....	4
5.2	In wie vielen Fällen wurde bei den in Frage 5.1 genannten Straftaten das Tatmittel Internet bzw. E-Mail benutzt? .....	5
5.3	In wie vielen Fällen von Bedrohungen nach § 241 StGB gegen Amts- und Mandatsträgerinnen sowie Amts- und Mandatsträger konnten der oder die Täter ermittelt werden (bitte mit Angaben zum Stand des Verfahrens und der erfolgten Verurteilungen)? .....	5
6.1	In wie vielen Fällen kam es im Jahr 2019 zu Beleidigungen nach § 185 StGB gegen Amts- und Mandatsträgerinnen sowie Amts- und Mandatsträger? .....	5
6.2	In wie vielen Fällen von Beleidigungen gegen Amts- und Mandatsträgerinnen sowie Amts- und Mandatsträger im Jahr 2019 konnten die Täter ermittelt werden (bitte nach staatsschutzrelevanten Phänomenbereichen aufschlüsseln)? .....	5
6.3	In wie vielen Fällen von Beleidigungen gegen Amts- und Mandatsträgerinnen sowie Amts- und Mandatsträger kam es im Jahr 2019 zu einer Verurteilung des Täters oder der Täterin (bitte nach staatsschutzrelevanten Phänomenbereichen aufschlüsseln)? .....	5
7.1	Wie viele Straftaten gegen Amts- und Mandatsträgerinnen sowie Amts- und Mandatsträger im Jahr 2019 wurden aus dem Bereich der sog. Reichsbürger bzw. Selbstverwalter registriert (bitte nach Regierungsbezirken, Ort der Straftat und jeweiligen Straftatbeständen aufschlüsseln)? .....	5
7.2	Wie viele der im Bereich der sog. Reichsbürger bzw. Selbstverwalter registrierten Straftaten gegen Amts- und Mandatsträgerinnen sowie Amts- und Mandatsträger waren Gewaltdelikte (bitte unter Angabe einer jeweils kurzen, anonymisierten Sachverhaltsdarstellung)? .....	6
7.3	Wie haben sich die Fallzahlen im Phänomenbereich Reichsbürger bzw. Selbstverwalter in den vergangenen vier Jahren entwickelt? .....	6
8.1	Wie viele Amts- und Mandatsträger in Bayern haben in den vergangenen vier Jahren aufgrund von gegen sie gerichteten Angriffen und „Hasskriminalität“ ihr Amt bzw. Mandat aufgegeben? .....	6
8.2	Wie beurteilt die Staatsregierung das erhebliche Dunkelfeld im Bereich der Straftaten und Hasskriminalität gegen Amts- und Mandatsträgerinnen sowie Amts- und Mandatsträger? .....	6
8.3	Mit welchen Maßnahmen will die Staatsregierung den betroffenen Personen eine Anzeigenerstattung erleichtern bzw. das Anzeigeverhalten Betroffener stärken? .....	6

# Antwort

**des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Justiz sowie dem Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales**

vom 09.04.2020

## Vorbemerkung:

Die Rechercheergebnisse des Landeskriminalamtes (BLKA) beruhen auf dem bundesweit einheitlichen Kriminalpolizeilichen Meldedienst in Fällen Politisch motivierter Kriminalität (KPMD-PMK).

Im Sinne des Betreffs der Schriftlichen Anfrage beziehen sich alle Auswertungen auf extremistisch motivierte Straftaten, werden jedoch je nach Fragestellung auf alle Phänomenbereiche der Politisch motivierten Kriminalität ausgeweitet.

### **1.1 Wie viele Straftaten im Bereich Politisch motivierter Kriminalität (PMK) gegen Amts- bzw. Mandatsträgerinnen sowie Amts- und Mandatsträger wurden im Jahr 2019 registriert (bitte nach Regierungsbezirken, Ort der Straftat, staatschutzrelevanten Phänomenbereichen und jeweiligen Straftatbeständen aufschlüsseln)?**

Nach Auskunft des BLKA waren im Jahr 2019 in Bayern 158 Straftaten im Sinne der Fragestellung sowie des Betreffs (vergleiche auch Vorbemerkung) zu verzeichnen. Die gewünschte Aufschlüsselung nach Polizeipräsidien ist der Anlage 1 zu entnehmen; eine Erfassung nach Regierungsbezirken erfolgt nicht.

### **1.2 Wie viele Straftaten gegen Amts- und Mandatsträgerinnen sowie Amts- und Mandatsträger wurden im Jahr 2019 im PMK-Phänomenbereich PMK-rechts registriert (bitte nach Regierungsbezirken, Ort der Straftat und jeweiligen Straftatbeständen aufschlüsseln)?**

Nach Auskunft des BLKA waren im Jahr 2019 in Bayern 51 Straftaten im Sinne der Fragestellung sowie des Betreffs (vergleiche auch Vorbemerkung) zu verzeichnen. Diese stellen eine Teilmenge aus der Antwort zu Frage 1.1 dar. Die Aufschlüsselung nach Polizeipräsidien ist der Anlage 1 zu entnehmen.

### **1.3 Wie viele der im Bereich PMK-rechts registrierten Straftaten gegen Amts- und Mandatsträgerinnen sowie Amts- und Mandatsträger waren Gewaltdelikte (bitte unter Angabe einer jeweils kurzen, anonymisierten Sachverhaltsdarstellung)?**

Nach Auskunft des BLKA waren unter den in der Antwort zu Frage 1.1 genannten Straftaten keine Straftaten im Sinne der Politisch motivierten Gewaltkriminalität.

### **2.1 Wie viele der Straftaten gegen Amts- und Mandatsträgerinnen sowie Amts- und Mandatsträger wurden 2019 mit dem Tatmittel „Internet“ begangen?**

Nach Auskunft des BLKA wurden von den insgesamt 158 Delikten 47 Straftaten mithilfe des Tatmittels Internet begangen.

### **2.2 Wie viele Personen wurden 2019 Opfer von gegen Amts- und Mandatsträgerinnen sowie Amts- und Mandatsträger gerichteten Straftaten im Phänomenbereich PMK-rechts in Bayern?**

In der Fallzahldatenbank des KPMD-PMK werden nur bei politisch motivierten Gewaltdelikten Angaben zu Opfern erfasst. Mangels politisch motivierter Straftaten der Gewaltkriminalität im Jahr 2019 in Bayern liegen keine Daten zu Opfern vor (vergleiche auch Antwort zu Frage 1.3).

**2.3 Wie haben sich die Fallzahlen im Phänomenbereich PMK-rechts in Bayern seit Einführung des Unterthemas „Straftaten gegen Amts- und Mandatsträger“ entwickelt?**

Der KPMD-PMK enthielt bis 2015 keine Datenfelder, welche eine konkrete Zuordnung von Straftaten gegen Amts- und Mandatsträgern ermöglicht hätten.

Nach Auskunft des BLKA wurden in Bayern im Jahr 2016 100, im Jahr 2017 74 und im Jahr 2018 44 rechtsextremistische Straftaten gegen Amts- und Mandatsträger registriert. Hinsichtlich des Jahres 2019 wird auf die Antwort zu Frage 1.2 verwiesen.

**3.1 In wie vielen Fällen der Straftaten gegen Amts- und Mandatsträgerinnen sowie Amts- und Mandatsträger im Phänomenbereich PMK-rechts konnte der bzw. konnten die Täter ermittelt werden?**

Die Auswertung des BLKA ergab, dass in 17 Fällen im Jahr 2019 der oder die Täter als „bekannt“, in den restlichen 34 Fällen der oder die Täter als „unbekannt“ im KPMD-PMK erfasst wurden.

Für eine abschließende Antwort zur gegenständlichen Fragestellung müsste ergänzend zur Auswertung des BLKA ein umfangreicher Berichtsauftrag an die Staatsanwaltschaften ergehen. Bei den Staatsanwaltschaften und den Generalstaatsanwaltschaften würde dies zu einem erheblichen, in der vorliegenden konkreten Situation nicht vertretbaren, zeitlichen und personellen Aufwand führen und die Aufrechterhaltung der – ebenfalls verfassungsrechtlich eingeforderten – effektiven Strafverfolgung gefährden. Die Staatsanwaltschaften sind derzeit aufgefordert, sich zur Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit der Strafrechtspflege angesichts der Ausbreitung des neuartigen Corona-Virus und drohenden Einschränkungen der Arbeits- und Leistungsfähigkeit der Staatsanwaltschaften auf die Kernaufgaben der Strafverfolgungsbehörden zu konzentrieren.

Auch unter Berücksichtigung der Bedeutung des parlamentarischen Fragerechts kann daher eine Beantwortung nicht erfolgen.

**3.2 Wie ist in den in Frage 3.1 genannten Fällen jeweils der Stand des Verfahrens (bitte aufschlüsseln nach Einstellung des Verfahrens unter Angabe des jeweiligen Einstellungsgrundes, Anklageerhebung, Verurteilung, andauernden Ermittlungen)?**

**3.3 Wie viele der festgestellten Straftäter wurden wegen dieser Taten verurteilt (bitte unter Angabe der Strafen)?**

Eine Beauskunftung ist nicht möglich. Zur Begründung wird auf die Antwort zu Frage 3.1 verwiesen.

**4.1 Wie hat sich die Zahl der gewalttätigen Angriffe auf Amts- und Mandatsträgerinnen sowie Amts- und Mandatsträger in den vergangenen vier Jahren entwickelt (bitte nach staatsschutzrelevanten Phänomenbereichen aufschlüsseln)?**

**4.2 In wie vielen Fällen gewalttätiger Übergriffe auf Amts- und Mandatsträgerinnen sowie Amts- und Mandatsträger konnten in den vergangenen vier Jahren die Täter ermittelt werden (bitte nach staatsschutzrelevanten Phänomenbereichen aufschlüsseln)?**

Die entsprechenden Rechercheergebnisse aus dem KPMD-PMK sind der unten angefügten Tabelle zu entnehmen.

	2016	2017	2018	2019
<b>Politisch motivierte Kriminalität-nicht zuzuordnen*</b>	<b>2</b>	<b>2</b>	<b>8</b>	<b>20</b>
davon Anzahl Delikte, in welchen Täter ermittelt wurden	2	1	8	20
<b>Politisch motivierte Kriminalität-rechts</b>	<b>5</b>	<b>1</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
davon Anzahl Delikte, in welchen Täter ermittelt wurden	5	1	0	0
<b>Politisch motivierte Kriminalität-links</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>1</b>	<b>0</b>
davon Anzahl Delikte, in welchen Täter ermittelt wurden	0	0	0	0

<b>Gesamtsumme der Delikte</b>	<b>7</b>	<b>3</b>	<b>9</b>	<b>20</b>
davon Anzahl Delikte, in welchen Täter ermittelt wurden	7	2	8	20

\* bis 2016: PMK „Sonstige/nicht zuzuordnen“

Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 3.1 verwiesen.

**4.3 In wie vielen Fällen gewalttätiger Übergriffe auf Amts- und Mandatsträgerinnen sowie Amts- und Mandatsträger kam es in den vergangenen vier Jahren zu einer Verurteilung des Täters oder der Täterin (bitte nach staatschutzrelevanten Phänomenbereichen aufschlüsseln)?**

Eine Beauskunftung ist nicht möglich. Zur Begründung wird auf die Antwort zu Frage 3.1 verwiesen.

**5.1 Wie viele Fälle von „Hasskriminalität“ und „Bedrohungen“ nach § 241 Strafgesetzbuch (StGB) gegen Amts- und Mandatsträgerinnen sowie Amts- und Mandatsträger wurden im Jahr 2019 registriert (bitte nach staatschutzrelevanten Phänomenbereichen aufschlüsseln)?**

Im Jahr 2019 wurden nach Auskunft des BLKA insgesamt 32 extremistische Straftaten im Themenfeld „Hasskriminalität“ erfasst. Dabei wurden 28 Straftaten im Phänomenbereich PMK-rechts, zwei Fälle im Phänomenbereich PMK-religiöse Ideologie und je ein Fall im Phänomenbereich PMK-nicht zuzuordnen sowie PMK-ausländische Ideologie erfasst.

Der Straftatbestand „Bedrohung“ wurde im Jahr 2019 insgesamt 21 Mal im Sinne der Vorbemerkung erfasst. Dabei wurden im Phänomenbereich PMK-rechts acht Fälle, zwei Fälle im Phänomenbereich PMK-religiöse Ideologie, zehn Fälle im Phänomenbereich PMK-nicht zuzuordnen und ein Fall im Phänomenbereich PMK-links erfasst.

**5.2 In wie vielen Fällen wurde bei den in Frage 5.1 genannten Straftaten das Tatmittel Internet bzw. E-Mail benutzt?**

Von den in der Frage 5.1 angeführten Delikten wurden im Themenfeld „Hasskriminalität“ 17 mit dem Tatmittel Internet erfasst. Der Straftatbestand „Bedrohung“ wurde 5 Mal mit dem Tatmittel Internet erfasst.

**5.3 In wie vielen Fällen von Bedrohungen nach § 241 StGB gegen Amts- und Mandatsträgerinnen sowie Amts- und Mandatsträger konnten der oder die Täter ermittelt werden (bitte mit Angaben zum Stand des Verfahrens und der erfolgten Verurteilungen)?**

Die Auswertung des BLKA ergab, dass in fünf der 21 Fälle im Jahr 2019 der oder die Täter als „bekannt“ im KPMD-PMK erfasst wurden.

Eine weitere Beauskunftung ist nicht möglich. Zur Begründung wird auf die Antwort zu Frage 3.1 verwiesen.

**6.1 In wie vielen Fällen kam es im Jahr 2019 zu Beleidigungen nach § 185 StGB gegen Amts- und Mandatsträgerinnen sowie Amts- und Mandatsträger?**

Nach Auskunft des BLKA wurden insgesamt 32 extremistische Straftaten gemäß § 185 StGB erfasst.

**6.2 In wie vielen Fällen von Beleidigungen gegen Amts- und Mandatsträgerinnen sowie Amts- und Mandatsträger im Jahr 2019 konnten die Täter ermittelt werden (bitte nach staatschutzrelevanten Phänomenbereichen aufschlüsseln)?**

**6.3 In wie vielen Fällen von Beleidigungen gegen Amts- und Mandatsträgerinnen sowie Amts- und Mandatsträger kam es im Jahr 2019 zu einer Verurteilung**

**des Täters oder der Täterin (bitte nach staatschutzrelevanten Phänomenbereichen aufschlüsseln)?**

Von den in der Antwort zu Frage 6.1 aufgeführten Straftaten wurden im KPMD-PMK insgesamt 21 Delikte mit „Täter bekannt“ erfasst. Dabei wurden vier Straftaten im Phänomenbereich PMK-rechts, kein Fall im Phänomenbereich PMK-ausländische Ideologie mit bekanntem Täter, ein Fall im Phänomenbereich PMK-links sowie 16 Fälle im Phänomenbereich PMK-nicht zuzuordnen mit „Täter bekannt“ erfasst.

Eine weitere Beauskunftung ist nicht möglich. Zur Begründung wird auf die Antwort zu Frage 3.1 verwiesen.

**7.1 Wie viele Straftaten gegen Amts- und Mandatsträgerinnen sowie Amts- und Mandatsträger im Jahr 2019 wurden aus dem Bereich der sog. Reichsbürger bzw. Selbstverwalter registriert (bitte nach Regierungsbezirken, Ort der Straftat und jeweiligen Straftatbeständen aufschlüsseln)?**

Nach Auskunft des BLKA wurden insgesamt 69 Straftaten im Sinne der Fragestellung erfasst. Die Aufschlüsselung nach Polizeipräsidien ist der Anlage 2 zu entnehmen; eine Erfassung nach Regierungsbezirken erfolgt nicht.

**7.2 Wie viele der im Bereich der sog. Reichsbürger bzw. Selbstverwalter registrierten Straftaten gegen Amts- und Mandatsträgerinnen sowie Amts- und Mandatsträger waren Gewaltdelikte (bitte unter Angabe einer jeweils kurzen, anonymisierten Sachverhaltsdarstellung)?**

Von den in der Antwort zu Frage 7.1 aufgeführten Delikten fallen insgesamt 20 Straftaten unter die Politisch motivierte Gewaltkriminalität. Alle Delikte wurden unter dem Straftatbestand des § 253 StGB (Erpressung) erfasst. Die erfassten Kurzsachverhalte ergeben in allen Fällen die Auskunft, dass der Täter versucht hat (in 13 Fällen in schriftlicher Form), das Opfer zu erpressen. Weiterführende Details zum Sachverhalt liegen im KPMD-PMK nicht vor.

**7.3 Wie haben sich die Fallzahlen im Phänomenbereich Reichsbürger bzw. Selbstverwalter in den vergangenen vier Jahren entwickelt?**

Eine Recherche im Sinne der Fragestellung ist erst seit 2017 möglich. Nach Auskunft des BLKA wurden im Jahr 2017 elf Straftaten und im Jahr 2018 insgesamt 15 Straftaten erfasst. Für das Jahr 2019 wird auf die Antwort zu Frage 7.1 verwiesen.

**8.1 Wie viele Amts- und Mandatsträger in Bayern haben in den vergangenen vier Jahren aufgrund von gegen sie gerichteten Angriffen und „Hasskriminalität“ ihr Amt bzw. Mandat aufgegeben?**

Der Staatsregierung liegen keine Erkenntnisse im Sinne der Fragestellung vor. Wie viele Inhaber eines kommunalen Amtes oder Mandates ihr Amt oder Mandat in den letzten vier Jahren niederlegten, ist nicht bekannt; auch nicht, aus welchen Motiven sie dies jeweils taten. Ein kommunales Amt oder Mandat niederzulegen, muss nicht begründet werden.

**8.2 Wie beurteilt die Staatsregierung das erhebliche Dunkelfeld im Bereich der Straftaten und Hasskriminalität gegen Amts- und Mandatsträgerinnen sowie Amts- und Mandatsträger?**

Seitens der Bayerischen Polizei sowie der Justiz wurde in den letzten Monaten eine Vielzahl an Maßnahmenpaketen initiiert. Konkretere Ausführungen zu den einzelnen Maßnahmen können der Antwort zu Frage 8.3 entnommen werden. Mit Blick auf diese zielgruppenorientierte optimierte Professionalisierung ist auch davon auszugehen, dass sich Betroffene in Zukunft mit strafrechtlich relevanten Sachverhalten an die Ermittlungs-

behörden wenden, sodass bisher nicht angezeigte Straftaten in die Statistiken, Lagebilder sowie Berichtspflichten der Ermittlungsbehörden einfließen können.

Somit verfügt besonders die Bayerische Polizei über eine solide Informationsbasis für kriminalistische und kriminologische Analysen.

Ergänzend hierzu beteiligt sich die Bayerische Polizei an der repräsentativen Periodischen Opfer-Dunkelfeld-Befragung der Polizeien des Bundes und der Länder. Aus diesem Bericht lassen sich – soweit die Stichprobengrößen dies ermöglichen – die Datensätze jedes einzelnen Befragten extrahieren und damit auch differenzierte Aussagen für jedes einzelne Land treffen, etwa auch zum Phänomenbereich der Hasskriminalität.

Damit stehen nach derzeitiger Planung künftig für eine Bewertung der Kriminalitätssituation in Bayern sowohl der KPMD-PMK als auch, beginnend mit 2020 im Zweijahres-Turnus, die Erkenntnisse aus der Periodischen Opfer-Dunkelfeld-Befragung zur Verfügung.

Aus Sicht der Staatsregierung sind die bisher getroffenen Maßnahmen umfassend und zielführend dahin gehend, ein belastbares Lagebild für die Entwicklungen in den Themenbereichen generieren und damit verbunden möglicherweise noch erforderliche weitere Maßnahmenpakete initiieren zu können.

### **8.3 Mit welchen Maßnahmen will die Staatsregierung den betroffenen Personen eine Anzeigerstattung erleichtern bzw. das Anzeigeverhalten Betroffener stärken?**

Ein Ziel der relevanten Maßnahmen ist es, die betroffene Zielgruppe phänomenbezogen zu beraten, um hierdurch die Anzeigebereitschaft zu verstärken und mit parallelen Maßnahmen die Anzeigerstattung zu erleichtern.

So stehen, als Beratungs- und Unterstützungsmaßnahme der Bayerischen Polizei, in allen Polizeipräsidien die „Beauftragten der Polizei für Kriminalitätsoffer“ (BPfK) als Ansprechpartner für Gewaltopfer zur Verfügung und informieren die Betroffenen über den Ablauf des Ermittlungs- und Strafverfahrens.

Ergänzend wurde durch das BLKA ein Flyer zur Thematik „Hate Speech“ für unterschiedliche Zielgruppen sowie zur „Sicherheit von Amts- und Mandatsträgern“ erstellt. Diese beinhalten u. a. auch Hinweise über strafrechtlich relevante Sachverhalte und Aufforderungen, bei deliktsrelevanten Informationen die Polizeibehörden zu informieren und Anzeige zu erstatten.

Zudem steht den Polizeibehörden seit Ende Januar auch ein einheitliches Konzept für Informationsveranstaltungen vor Amts- und Mandatsträgern zur Verfügung, um zielgruppenspezifische Hinweise zu deliktsrelevantem Verhalten und daraus resultierende optionale Handlungsmöglichkeiten für die Betroffenen zu vermitteln.

Auch die bundesweiten, seitens des Bundeskriminalamts (BKA) jährlich zwei Mal initiierten Aktionstage gegen „Hassposting“ dienen dazu, die Bevölkerung auf die Gesamthematik aufmerksam zu machen und betroffenen Personen Handlungsanleitungen zu vermitteln, welche geeigneten Schritte sie bei Hasspostings einleiten sollten. Die Bayerische Polizei beteiligt sich an diesen Aktionstagen regelmäßig mit größtmöglichem Engagement.

Seitens der Justiz wird für Online-Straftaten (Hate Speech, Bedrohungen, Beleidigungen per E-Mail) zum Nachteil von Kommunalpolitikern ein (an die besonderen Bedürfnisse der Mandatsträger angepasster) Zugang zu einem vereinfachten Online-Verfahren analog dem Projekt „Justiz und Medien – konsequent gegen Hass“ zur Verfügung gestellt werden.

Insbesondere für den Bereich der „analog“ begangenen Straftaten wurde darüber hinaus bei jeder der 22 bayerischen Staatsanwaltschaften, bei der Zentralstelle Cybercrime Bayern (ZCB) sowie bei der Bayerischen Zentralstelle zur Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus (ZET) ein Ansprechpartner für die Kommunalpolitiker benannt.

Bei den Polizeibehörden ermitteln die Experten der Staatsschutzdienststellen bei Straftaten zum Nachteil von Amts- und Mandatsträgern, welche bei online begangenen Straftaten von den Kommissariaten Cybercrime unterstützt werden.

Schriftliche Anfrage des Herrn Abgeordneten Cemal Bozoglu vom 24.02.2020 betreffend Rechtsextremistische Straf- und Gewalttaten gegen Amts- und MandatsträgerInnen 2019  
Anlage 1: Aufschlüsselung zu Frage 1.1. und 1.2.

<b>Politisch Motivierte Kriminalität-ausländische Ideologie</b>	<b>1</b>
<b>PP Schwaben Süd/West</b>	<b>1</b>
Kempton (Allgäu)	1
Beleidigung	1
<b>Politisch Motivierte Kriminalität-links</b>	<b>12</b>
<b>PP Oberbayern Nord</b>	<b>2</b>
Freising	1
Verunglimpfung von Verfassungsorganen	1
Landsberg am Lech	1
Üble Nachrede/Verleumdung von Politiker	1
<b>PP München</b>	<b>2</b>
Kirchheim	1
Sachbeschädigung	1
Unterhaching	1
Sachbeschädigung	1
<b>PP Niederbayern</b>	<b>1</b>
Viechtach	1
Gemeinschädliche Sachbeschädigung	1
<b>PP Oberpfalz</b>	<b>1</b>
Michelsneukirchen	1
Beleidigung	1
<b>PP Oberfranken</b>	<b>2</b>
Bayreuth	1
Sachbeschädigung	1
Lautertal	1
Üble Nachrede/Verleumdung von Politiker	1
<b>PP Mittelfranken</b>	<b>2</b>
Fürth	1
Bedrohung	1
Nürnberg	1
Üble Nachrede/Verleumdung von Politiker	1
<b>PP Unterfranken</b>	<b>1</b>
Schweinfurt	1
Sachbeschädigung	1
<b>PP Schwaben Nord</b>	<b>1</b>
Augsburg	1
Verwenden von Kennzeichen	1
<b>Politisch Motivierte Kriminalität-nicht zuzuordnen</b>	<b>92</b>
<b>PP Oberbayern Nord</b>	<b>1</b>
Walting	1
Nötigung	1
<b>PP Oberbayern Süd</b>	<b>10</b>
Emmerting	1
Erpressung	1
Haag i.OB	1
Beleidigung	1
Peiting	1
Üble Nachrede	1
Rosenheim	1
Bedrohung	1
Schongau	3
Erpressung	3
Unterwössen	2
Amtsmaßnahme	1
Bedrohung	1



Schriftliche Anfrage des Herrn Abgeordneten Cemal Bozoglu vom 24.02.2020 betreffend Rechtsextremistische Straf- und Gewalttaten gegen Amts- und MandatsträgerInnen 2019  
Anlage 1: Aufschlüsselung zu Frage 1.1. und 1.2.

Wonneberg	1
Nötigung	1
<b>PP München</b>	<b>11</b>
Deggendorf	1
Beleidigung	1
München	10
Bedrohung	1
Beleidigung	3
Erpressung	3
Falsche Verdächtigung	1
Öffentliche Aufforderung von Straftaten	1
Sachbeschädigung	1
<b>PP Niederbayern</b>	<b>4</b>
Passau	2
Beleidigung	2
Salching	1
Erpressung	1
Straubing	1
Nötigung	1
<b>PP Oberpfalz</b>	<b>1</b>
Regensburg	1
Nötigung	1
<b>PP Oberfranken</b>	<b>9</b>
Bamberg	2
Androhung von Straftaten	2
Gattendorf	1
Nötigung	1
Hof	1
Erpressung	1
Litzendorf	2
Nötigung	2
Mainleus	2
Erpressung	2
Strullendorf	1
Erpressung	1
<b>PP Mittelfranken</b>	<b>34</b>
Ansbach	1
Nötigung	1
Ergersheim	17
Beleidigung	8
Nötigung	8
Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes	1
Fürth	4
Nötigung	4
Leinburg	2
Beleidigung	1
Nötigung	1
Nürnberg	7
Bedrohung	5
Beleidigung	2
Uffenheim	3
Beleidigung	1
Nötigung	2
<b>PP Unterfranken</b>	<b>9</b>
Hollstadt	2

Schriftliche Anfrage des Herrn Abgeordneten Cemal Bozoglu vom 24.02.2020 betreffend Rechtsextremistische Straf- und Gewalttaten gegen Amts- und MandatsträgerInnen 2019

Anlage 1: Aufschlüsselung zu Frage 1.1. und 1.2.

Erpressung	2
Lohr a.Main	1
Verunglimpfung des Staates	1
Mainaschaff	1
Bedrohung	1
München	1
Nötigung	1
Schweinfurt	3
Erpressung	3
Würzburg	1
Erpressung	1
<b>PP Schwaben Nord</b>	<b>3</b>
Augsburg	3
Bedrohung	1
Nötigung	2
<b>PP Schwaben Süd/West</b>	<b>10</b>
Dietmannsried	1
Beleidigung	1
Immenstadt i.Allgäu	2
Erpressung	2
Kaufbeuren	1
Nötigung	1
Kempten (Allgäu)	2
Nötigung	1
Verleumdung	1
Wasserburg (Bodensee)	4
Nötigung	3
Verleumdung	1
<b>Politisch Motivierte Kriminalität-rechts</b>	<b>51</b>
<b>PP Oberbayern Nord</b>	<b>6</b>
Dachau	1
Beleidigung	1
Erding	1
Volksverhetzung	1
Isen	1
Volksverhetzung	1
Neuburg a.d.Donau	1
Volksverhetzung	1
Schrobenhausen	1
Beleidigung	1
Zolling	1
Volksverhetzung	1
<b>PP Oberbayern Süd</b>	<b>2</b>
Peiting	2
Verwenden von Kennzeichen	1
Volksverhetzung	1
<b>PP München</b>	<b>17</b>
Bad Kissingen	1
Volksverhetzung	1
München	15
Androhung von Straftaten	1
Bedrohung	2
Beleidigung	5
Falsche Verdächtigung	1
Sachbeschädigung	1

Schriftliche Anfrage des Herrn Abgeordneten Cemal Bozoglu vom 24.02.2020 betreffend Rechtsextremistische Straf- und Gewalttaten gegen Amts- und MandatsträgerInnen 2019

Anlage 1: Aufschlüsselung zu Frage 1.1. und 1.2.

Verwenden von Kennzeichen	2
Volksverhetzung	3
Nürnberg	1
Verwenden von Kennzeichen	1
<b>PP Niederbayern</b>	<b>4</b>
Furth	1
Bedrohung	1
Mainburg	1
Beleidigung	1
Neureichenau	1
Verwenden von Kennzeichen	1
Passau	1
Verwenden von Kennzeichen	1
<b>PP Oberpfalz</b>	<b>5</b>
Amberg	1
Bedrohung	1
Hummeltal	1
Üble Nachrede/Verleumdung von Politiker	1
Neumarkt i.d.OPf.	1
Üble Nachrede/Verleumdung von Politiker	1
Regensburg	2
Bedrohung	1
Üble Nachrede/Verleumdung von Politiker	1
<b>PP Oberfranken</b>	<b>1</b>
Schauenstein	1
Beleidigung	1
<b>PP Mittelfranken</b>	<b>8</b>
Baiersdorf	1
Verwenden von Kennzeichen	1
Erlangen	2
Sachbeschädigung	2
Neunkirchen a.Sand	1
Bedrohung	1
Nürnberg	3
Bedrohung	1
Verwenden von Kennzeichen	1
Volksverhetzung	1
Weisendorf	1
Volksverhetzung	1
<b>PP Unterfranken</b>	<b>3</b>
Karlstadt	1
Verwenden von Kennzeichen	1
Mömbris	1
Verunglimpfung von Verfassungsorganen	1
Würzburg	1
Bedrohung	1
<b>PP Schwaben Nord</b>	<b>2</b>
Pöttmes	1
Volksverhetzung	1
Schwabmünchen	1
Verwenden von Kennzeichen	1
<b>PP Schwaben Süd/West</b>	<b>2</b>
Dietmannsried	1
Beleidigung	1
Kaufbeuren	1

Schriftliche Anfrage des Herrn Abgeordneten Cemal Bozoglu vom 24.02.2020 betreffend Rechtsextremistische Straf- und Gewalttaten gegen Amts- und MandatsträgerInnen 2019

Anlage 1: Aufschlüsselung zu Frage 1.1. und 1.2.

Verwenden von Kennzeichen	1
<b>LKA</b>	<b>1</b>
Augsburg	1
Volksverhetzung	1
<b>Politisch Motivierte Kriminalität-religiöse Ideologie</b>	<b>2</b>
<b>PP Oberbayern Süd</b>	<b>1</b>
Wolfratshausen	1
Bedrohung	1
<b>PP Niederbayern</b>	<b>1</b>
Straubing	1
Bedrohung	1
<b>Gesamtsumme der Delikte</b>	<b>158</b>

Schriftliche Anfrage des Herrn Abgeordneten Cemal Bozoglu vom 24.02.2020 betreffend Rechtsextremistische Straf- und Gewalttaten gegen Amts- und MandatsträgerInnen 2019

Anlage 2: Aufschlüsselung zu Frage 7.1

<b>PP Oberbayern Nord</b>	<b>1</b>
<b>Walting</b>	<b>1</b>
Nötigung	1
<b>PP Oberbayern Süd</b>	<b>8</b>
<b>Emmerting</b>	<b>1</b>
Erpressung	1
<b>Peiting</b>	<b>1</b>
Üble Nachrede	1
<b>Schongau</b>	<b>3</b>
Erpressung	3
<b>Unterwössen</b>	<b>2</b>
Amtsanmaßung	1
Bedrohung	1
<b>Wonneberg</b>	<b>1</b>
Nötigung	1
<b>PP München</b>	<b>5</b>
<b>Deggendorf</b>	<b>1</b>
Beleidigung	1
<b>München</b>	<b>4</b>
Erpressung	3
Falsche Verdächtigung	1
<b>PP Niederbayern</b>	<b>4</b>
<b>Passau</b>	<b>2</b>
Beleidigung	2
<b>Salching</b>	<b>1</b>
Erpressung	1
<b>Straubing</b>	<b>1</b>
Nötigung	1
<b>PP Oberfranken</b>	<b>7</b>
<b>Gattendorf</b>	<b>1</b>
Nötigung	1
<b>Hof</b>	<b>1</b>
Erpressung	1
<b>Litzendorf</b>	<b>2</b>
Nötigung	2
<b>Mainleus</b>	<b>2</b>
Erpressung	2
<b>Strullendorf</b>	<b>1</b>
Erpressung	1
<b>PP Mittelfranken</b>	<b>27</b>
<b>Ansbach</b>	<b>1</b>
Nötigung	1
<b>Ergersheim</b>	<b>17</b>
Beleidigung	8
Nötigung	8
Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes	1
<b>Fürth</b>	<b>4</b>
Nötigung	4

Schriftliche Anfrage des Herrn Abgeordneten Cemal Bozoglu vom 24.02.2020 betreffend Rechtsextremistische Straf- und Gewalttaten gegen Amts- und MandatsträgerInnen 2019

Anlage 2: Aufschlüsselung zu Frage 7.1

<b>Leinburg</b>	<b>2</b>
Beleidigung	1
Nötigung	1
<b>Uffenheim</b>	<b>3</b>
Beleidigung	1
Nötigung	2
<b>PP Unterfranken</b>	<b>8</b>
<b>Hollstadt</b>	<b>2</b>
Erpressung	2
<b>Mainaschaff</b>	<b>1</b>
Bedrohung	1
<b>München</b>	<b>1</b>
Nötigung	1
<b>Schweinfurt</b>	<b>3</b>
Erpressung	3
<b>Würzburg</b>	<b>1</b>
Erpressung	1
<b>PP Schwaben Nord</b>	<b>2</b>
<b>Augsburg</b>	<b>2</b>
Nötigung	2
<b>PP Schwaben Süd/West</b>	<b>7</b>
<b>Dietmannsried</b>	<b>2</b>
Beleidigung	2
<b>Immenstadt i.Allgäu</b>	<b>2</b>
Erpressung	2
<b>Kaufbeuren</b>	<b>1</b>
Nötigung	1
<b>Kempten (Allgäu)</b>	<b>2</b>
Nötigung	1
Verleumdung	1
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>69</b>